Der Patriarch von Moskau und ganz Russland fordert, dass alle Orthodoxe Christen den Gottesdiensten an Weihnachten, die am 6. und 7. Januar stattfinden, beiwohnen können. Und Putin gehorcht!

Wird es eine vorübergehende Einstellung der Kämpfe geben? Ja! Wie soeben bekannt wurde, hat der russische Präsident Putin einer anderthalbtägigen Waffenruhe zugestimmt.

Der russische Patriarch Kirill rief anlässlich des orthodoxen Weihnachtsfestes am Donnerstag, dem 5. Januar, über die Website der Russisch-Orthodoxen Kirche zu einem Waffenstillstand in der Ukraine und im Donbass auf.

„Ich, Kirill, Patriarch von Moskau und ganz Russland, appelliere an alle am internen Konflikt beteiligten Parteien mit einem Aufruf zum Waffenstillstand und zur Einrichtung einer mehrstündigen Weihnachtspause vom 6. Januar um 12 Uhr mittags bis zum 7. Januar um Mitternacht, damit die Orthodoxen am Heiligabend und am Tag der Geburt Christi an den Gottesdiensten teilnehmen können“.

Mitte Dezember war die Frage eines Waffenstillstands zum Jahresende bereits angesprochen worden, doch der Kreml hatte versichert, dass dies nicht zur Debatte stehe. „Es wurde von niemandem ein Vorschlag gemacht, dieses Thema steht nicht auf der Tagesordnung“, hatte der Sprecher des russischen Präsidialamts, Dmitri Peskow, damals gegenüber der Presse erklärt.

Sowohl Russland als auch die Ukraine sind Länder mit überwiegend orthodox-christlichen Bevölkerungen, doch Kiew hat sich in den letzten Jahren von der religiösen Bevormundung durch Moskau entfernt und eine unabhängige Kirche gegründet.

Patriarch Kirill hat seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine immer wieder Predigten gehalten, in denen er den russischen Truppen seinen Segen erteilte und gleichzeitig die ukrainischen Behörden verantwortlich machte. Die Ukraine führte ihrerseits eine Reihe von Durchsuchungen in Kirchen und Klöstern durch, die dem Moskauer Patriarchat unterstehen, um Maßnahmen zur „Spionageabwehr“ zu ergreifen.

Obwohl die vom Moskauer Patriarchat abhängige ukrainische Kirche im Mai die Verbindungen zu Russland abgebrochen hat, wurden mehrere ihrer Würdenträger von Kiew wegen ihrer als prorussisch geltenden Positionen bestraft.